

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Janosch Dahmen (KV Ennepe-Ruhr)

Änderungsantrag zu WP-01-K2

Von Zeile 619 bis 622:

Gesundheitsförderung wollen wir grundsätzlich als Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen verfolgen. Wir wollen den öffentlichen Gesundheitsdienst durch ein eigenes Bundesinstitut stärken und dabei vor allem auch Menschen in sozioökonomisch benachteiligten Verhältnissen in den Blick nehmen.

Begründung

Ein starkes öffentliches Gesundheitswesen ist zentral für die gesundheitliche Chancengleichheit. Die Einrichtung eines eigenen Bundesinstituts zur Koordination und Vernetzung exekutiver Verantwortung für die öffentliche Gesundheit über alle politischen Ebenen hinweg ein entscheidender Schritt. Dies stärkt den öffentlichen Gesundheitsdienst analog entsprechender Einrichtungen in vielen Nachbarländern und ermöglicht auch eine gezielte Unterstützung von Menschen in sozioökonomisch benachteiligten Verhältnissen. Damit schaffen wir die Grundlage für eine gerechtere und flächendeckendere Gesundheitsförderung und das populationsbezogene Monitoring von Gesundheit und Krankheit.

weitere Antragsteller*innen

Kirsten Kappert-Gonther (KV Bremen-Nordost); Linda Heitmann (KV Hamburg-Altona); Armin Grau (KV Rhein-Pfalz); Johannes Wagner (KV Coburg-Stadt); Saskia Lea Raquel Weishaupt (KV München); Kordula Schulz-Asche (KV Main-Taunus); Matthias Dorka (KV Main-Kinzig); Taylan Deniz Kuzu (KV Köln); Heike Marré (KV Düren); Thomas Götz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Silke Gebel (KV Berlin-Mitte); Cedrik Schamberger (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Rolf Syben (KV Berlin-Kreisfrei); Antonia Schwarz (KV Berlin-Kreisfrei); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Catherina Pieroth-Manelli (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Daniela Toscano (KV Böblingen); Christian Schneider (KV Fürth-Stadt); Desiree Leinenbach (KV Berlin-Kreisfrei); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.